

Der Krieg am Golf: Beginn einer neuen Weltordnung oder der militärischen Eskalation des Nord-Süd-Konfliktes?

Genau sechs Wochen nach Beginn des Krieges zwischen einer alliierten Streitmacht und dem Irak um die Befreiung des Scheichtums Kuwait und hundert Stunden nach Eröffnung der Bodenoffensive schwiegen am 28. Februar 1991 die Waffen in der Golfregion. Drei Tage später wurde der förmliche Waffenstillstand abgeschlossen. Die Menschheit atmete auf, denn die worst-case-Szenarios, an denen es beiden kriegführenden Parteien wahrlich nicht mangelte, hatten sich nicht erfüllt. Einer der „bemerkenswertesten Feldzüge aller Zeiten“, so der britische Premier John Major, hatte sein vorläufiges Ende gefunden und trotz seiner relativ kurzen Dauer nicht nur im Nahen Osten, sondern in der Welt insgesamt das Kräfteverhältnis auf dramatische Weise verändert.

Der historische Platz dieses Kriegsdrasmas, der ersten großen bewaffneten Auseinandersetzung nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West, wird noch für lange Zeit nicht nur unter Historikern und Politologen heftige Debatten auslösen. Noch ist es zu früh, die wahre Geschichte dieses Krieges zu schreiben, denn zu dicht verschließt der Vorhang aus brennendem Öl, rigoroser Militärzensur auf beiden Seiten sowie Propaganda und Gegenpropaganda die objektive Sicht auf seine Vorgeschichte, seinen militärischen Verlauf und seine politischen und diplomatischen Begleitumstände. Erst wenn sich eines Tages die Staatsarchive Washingtons, Moskaus, Bagdads und anderer beteiligter Mächte öffnen werden, kann das Geheimnis dieses Krieges annähernd enthüllt werden. Doch bereits heute schälen sich fünf große Fragenkomplexe der historischen Analyse heraus, die bisher aus der öffentlichen Debatte weitgehend verdrängt worden sind:

Erstens: War dieser Krieg tatsächlich unvermeidlich?

Zweitens: Ist in diesem Krieg die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt worden?

Drittens: War das wirklich ein „Krieg für den Frieden“, der zukünftig eine friedliche Neugestaltung der Verhältnisse im Nahen Osten erleichtert?

Viertens: Werden die USA im Rahmen der von ihnen angestrebten „neuen Weltordnung“ die friedensstiftende Rolle der UNO fördern und werden sie als einzig verbleibende Supermacht die Weltorganisation weiter primär als

Instrument ihrer strategischen Weltmachtambitionen
benutzen?

Fünftens: War dieser blutige Krieg am Golf der Auftakt für eine
Epoche weltweiter militärischer Konflikte zwischen
Nord und Süd?

Versuchen wir, einige der Faktoren, die zur Beantwortung dieser Fragen notwendig sind, zu bestimmen.

Begonnen hat der Konflikt am Golf am 2. August 1990 mit dem Einfall irakischer Truppen ins benachbarte Kuwait als ein zwischenstaatlicher Konflikt zwischen zwei Ländern der Dritten Welt nach dem Scheitern diplomatischer Lösungsversuche im Rahmen der Arabischen Liga und Signalen aus Washington, sich nicht einmischen zu wollen. Dieser Akt einer völkerrechtswidrigen Aggression verschärfte sich durch die Annexion Kuweits und dessen Einverleibung als 19. Provinz in das irakische Staatsgebiet, entwickelte sich zu einer regionalen Krise, die dann im Verlauf weniger Wochen durch die vom UNO-Sicherheitsrat abgesegneten umfassenden Embargomaßnahmen gegen den Aggressor und die Stationierung einer multinationalen Streitmacht mit rund 750 000 Soldaten in Saudi-Arabien, darunter ein von den USA gestellter Kern mit 430 000 GI's, gleichermaßen politisch und ökonomisch internationalisiert wurde. Dem Irak stand schließlich eine Anti-Saddam-Koalition von 28 Staaten unter der Führung der USA gegenüber. Der irakische Diktator Saddam Hussein setzte, wie sein Gegenspieler Bush auf der anderen Seite, natürlich mit anderen Intentionen und anderen Protagonisten, von Anfang an auf eine Internationalisierung des Konflikts, in dem er die mögliche Räumung Kuweits von einer Lösung anderer Konflikte in der Region, insbesondere dem Palästina-Problem und dem Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten verknüpfte und dieses vordergründig am Konflikt nicht beteiligte Land mit Kriegsdrohungen überschüttete. Dieses „linkage“ wurde von den USA sofort und kategorisch zurückgewiesen, obwohl jedem klar sein mußte, daß eine künftige Friedensordnung im Nahen Osten ohne Versuche zur Lösung des Palästina-Problems illusorisch sein würde. Um sich die östliche Flanke im drohenden Krieg freizuhalten, machte Saddam seinem vormaligen Kriegsgegner im ersten Golfkrieg und Erzrivalen Iran ein umfassendes Friedensangebot und rief die Führung dieses Landes zu islamischer „Solidarität“ auf. Saddam Husseins Offerte war politisch nicht mehr und nicht weniger als das Eingeständnis seiner totalen Niederlage nach dem Ende des achtjährigen irakisch-iranischen Krieges. Die ernüchternde Antwort aus Teheran kam als Neutralitätserklärung im von Saddam ausgerufenen Jihad, dem „Heiligen Krieg“ der gläubigen Moslems, nicht nur der Araber, gegen die finsternen Mächte der „Ungläubigen“, repräsentiert vor allem durch die Vereinigten Staaten und Israel und deren „verräterische“ arabische Hilfstruppen. Damit waren die Ausgangsprämissen für das nun folgende Drama geschaffen, die „Logik des Krieges“ (François Mitterrand) in Gang gesetzt, die Eskalation - aus der Sicht der USA und ihrer Verbündeten - von der „Linie im Sand“ über die „Operation Wüstenschild“ bis hin zur „Operation Wüstensturm“ nahezu unvermeidlich. Seit Anfang November 1990 - mit der Entscheidung Bush's, eine halbe Million US-Soldaten sowie eine gewaltige Luft- und See-

kriegsflotte im Nahen Osten zu stationieren - waren alle verzweifelten diplomatischen Versuche, noch in letzter Minute die Phase des heißen Krieges zu vermeiden (Mitterand, Perez de Cuelhar, Gorbatschow), aus amerikanischer Sicht nur noch Störfaktoren im bevorstehenden show-down zwischen „desert storm“ und der von Saddam beschworenen „Mutter aller Schlachten“.

Die Aggression Saddam Husseins gegen das kleine benachbarte Kuwait forderte die Weltgemeinschaft zu einem Zeitpunkt heraus, in dem sich in Europa die scheinbar festgefügte Nachkriegsordnung auflöste. Die Jahre 1989 und 1990 markierten auf diesem Kontinent einen historischen Wendepunkt: Die demokratischen Bewegungen in Osteuropa und in der damaligen DDR, stimuliert von der durch Gorbatschow in der Sowjetunion seit 1985 eingeleiteten Perestroika, zerstörten in kürzester Zeit nach einer längeren Phase des wirtschaftlichen Niedergangs und der Stagnation den „real existierenden“ Staatssozialismus und seine kommunistischen Einparteiensysteme. Im Herzen Europas entstand als unerwarteter und später Sieger des Zweiten Weltkrieges ein wiedervereinigtes Deutschland. Der 1975 eingeleitete KSZE-Prozeß fand seine Krönung mit der „Pariser Charta“ vom 21. November 1990, zu einem Zeitpunkt also, in dem sich im Orient bereits die drohenden Schatten einer neuen weltweiten Krise abzeichneten. Das Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West war verknüpft mit dem Niedergang der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Strukturen, die während der 45 Nachkriegsjahre internationale Stabilität und (relativen) Frieden zwischen den Großmächten der Ersten Welt garantierten. Die USA, selbst Teilnehmer am gesamteuropäischen Prozeß, fühlten sich nunmehr als eindeutiger Sieger in der weltweiten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und als alleinige Super- und damit Weltordnungsmacht. Die NATO schien ihren Hauptgegner verloren zu haben und begann mit der Suche nach einem neuen Selbstverständnis. Auch für die Vereinten Nationen schien eine neue Ära des Einflusses auf die Weltpolitik anzubrechen. In den USA selbst entbrannte eine innenpolitische Debatte über deren weltpolitische Rolle, in der vor Ausbruch der Golfkrise die Befürworter isolationistischer und protektionistischer Tendenzen vor dem Hintergrund wachsender Sorgen um die Zukunft des eigenen Landes angesichts des verlorengegangenen Bodens im wirtschaftlichen Wettlauf gegenüber Japan und Westeuropa dominierten. Die von Bush geprägte, bisher noch verschwommen und ambivalent bleibende Vision von einer „neuen Weltordnung“ unter amerikanischer Führung - de facto also einer neuen Variante der „Pax Americana“ - hat diese Diskussion in eine neue Richtung gelenkt.

Noch ist es zu früh, um eindeutig feststellen zu können, ob sie die direkte Antithese zu Gorbatschows „neuem Denken“ bzw. deren durch die Realitäten der Weltpolitik erzwungenen Korrektur sein wird. Eine zentrale Bedeutung wird dabei der künftigen Rolle der UNO zukommen. In seiner historischen Grundsatzrede vor der UNO-Vollversammlung am 7. Dezember 1988 - also noch vor dem Zerfall der kommunistischen Regimes in Europa - hatte Gorbatschow seine Konzeption von der UNO als internationaler Institution der Demokratisierung einer pluralistischen Welt vorgelegt, den Übergang zu schnellstmöglicher weltweiter Abrüstung angemahnt und eine daraus erwachsende Friedensdividende für die Dritte Welt und zur Lösung globaler Probleme prognostiziert. „Wir sind jetzt in eine Epoche eingetreten“,

fürte er seinerzeit aus, „in der dem Fortschritt die universalen Interessen der gesamten Menschheit zugrundeliegen werden“. Damals hatte Gorbatschow jene zwei großen Revolutionen beschworen, die den „Charakter des historischen Prozesses stark beeinflußt und den Verlauf des Weltgeschehens radikal verändert“ hatten: die Französische von 1789 und die Russische von 1917. Doch schon ein bis zwei Jahre später waren nicht nur die ideologischen Grundlagen der letzteren zusammengebrochen. Die überraschend veränderte internationale Ordnung führte zum Entstehen, besser: dem Bewußtwerden einer neuen Bipolarität zwischen Nord und Süd, die vorher durch den dominanten Ost-West-Konflikt vielfach verdrängt und überlagert worden war. Zehn Jahre vor dem Ende des zweiten Jahrtausends verringern sich die als mittelbares und unmittelbares Ergebnis der Ost-West-Konfrontation entstandenen Konflikte in der Dritten Welt, insbesondere die Stellvertreter-Kriege (Vietnam, Afghanistan, Kampuchea, südliches Afrika), dafür nehmen aber blutige Regionalkonflikte zu, in denen sich weder die USA noch die Sowjetunion zugunsten einer der Konfliktparteien engagieren, solange nicht ihre eigene wirtschaftliche und strategische Sicherheit gefährdet erscheint. Gerade weil die Konfrontation zwischen den Supermächten abnimmt, wächst in der Dritten Welt die Gefahr, daß bestimmte Staaten ihre regionale Hegemonialposition dazu nutzen, eine neue Form einer internationalen Klientelwirtschaft aufzubauen (Syrien-Libanon, Libyen-Tschad).

Der Überfall des Irak auf Kuwait muß offenbar auch in diesen Zusammenhang eingeordnet werden. Offensichtlich spekulierte Saddam Hussein fälschlicherweise mit der Möglichkeit, sowjetische gegen amerikanische Interessen auszuspielen zu können. Doch der sowjetische Außenminister Schewardnadse verurteilte den Irak im September 1990 vor dem UNO-Sicherheitsrat mit den Worten: „Ein Akt des Terrorismus ist gegen die sich herausbildende neue Weltordnung verübt worden. Dies ist ein schwerwiegender Affront gegen die Menschheit. Wenn wir keinen Weg finden, darauf zu antworten und diese Lage zu meistern, dann wird unsere Zivilisation um ein halbes Jahrhundert zurückgeworfen.“ Zu diesem Zeitpunkt konnte davon ausgegangen werden, daß das Konzept einer neuen Weltordnung gemeinsam von Amerikanern und Sowjets getragen würde, gestützt auf die Charta der UNO, wonach der Sicherheitsrat „die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ trägt. Und in der Tat verabschiedete dieses Gremium 12 Resolutionen, mehrere davon präzedenzlos wie der Beschluß über eine internationale See- und Luftblockade und die erstmalige Anwendung des Artikels 42 der UNO-Charta mit dem Beschluß einer gemeinsamen Militäraktion gegen einen Aggressor. Das Kairoer Massenblatt „al-Akbar“ wertete das beeindruckende Zusammenwirken von USA und Sowjetunion als „Beginn einer strategisch langanhaltenden Supermacht-Allianz zur Bewältigung regionaler Konflikte im Nahen Osten und zur Überwindung von Despotien à la Saddam im Rahmen einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges“. Die UNO galt in den Augen der USA plötzlich nicht mehr als „Gefahrenpunkt“ (Daniel Patrick Moynihan) oder gar als „Schlangennest“ (Jeanne Kirkpatrick), als es ihnen unter den veränderten weltpolitischen Bedingungen gelang, ihre Interessen nunmehr leichter in der Weltorganisation durchzusetzen, wie die Annahme der zumeist von ihnen vorgelegten Resolutionsentwürfe bewies.

Bereits während des Golfkrieges, besonders jedoch nach seinem auf den ersten Blick so erfolgreichen Ende, wurde zunehmend deutlicher, daß die USA ein internationales System anstreben, „dem die Überlegenheit einer Supermacht zugrundeliegt“ (Zbigniew Brzezinski) und das es den USA gestatten wird, auch das nächste Jahrhundert zu einem „amerikanischen“ zu machen. Diese Intentionen hatte Präsident Bush bereits am Jahreswechsel in seinem „Time“-Interview zum Ausdruck gebracht: „Wir haben eine unverhältnismäßige Verantwortung für die Freiheit und Sicherheit vieler Länder... Die Menschen erwarten von uns Führerschaft.“ Noch eindeutiger wurde der konservative Kolumnist Charles Krauthammer, als er in der halboffiziösen „Foreign Affairs“ Anfang des Jahres schrieb: „Unsere beste Hoffnung auf Sicherheit in solchen Zeiten sind Amerikas Stärke und Willenskraft, eine unipolare Welt zu rühren, ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie gegebenenfalls zu erzwingen.“ Die Welt unter dem Sternbanner also, zumal, wie Brezinzki meint, „die Sowjetunion mit ihrem Anspruch auf den Status einer Weltmacht gescheitert ist“? Und der britische Nahostexperte und Publizist Edward Mortimer stellt die berechnete Frage, ob Bush mit seinem Aufruf zu einer neuen, von den USA getragenen Weltordnung, die am Gegenstand der Golf-Krise zu entfalten wäre, nicht doch eher zu einer „new world disorder“ beitrage.

Das Dilemma zwischen dem Mandat des UNO-Sicherheitsrates und den von Bush neu definierten nationalen strategischen Interessen der USA wurde bei der Kriegszielproblematik evident. Über den tatsächlichen und vorgegebenen Kriegszielen der Konfliktparteien lag im Golfkrieg ein dichter propagandistischer Schleier. In seiner „Rede an die Nation“, in der Präsident Bush am 28. Februar 1991 die Waffenruhe am Golf verkündete, führte er aus: „Kuweit ist befreit. Iraks Armee ist geschlagen. Unsere Kriegsziele sind erreicht.“ Ging es den USA tatsächlich nur um die Wiederherstellung des Status quo ante, wenn auch auf Kosten eines durch Kriegszerstörungen weitgehend verwüsteten Kuweit und Irak und eine vernichtende Niederlage für die irakische Kriegsmaschine? Die tatsächlichen Kriegsziele der USA waren wesentlich umfangreicher. Vor Kriegsende hatten Bush und andere ranghohe Repräsentanten seiner Administration kaum Zweifel darüber gelassen, daß dieser Krieg auch auf die Vernichtung des Irak als militärisch und politisch gefährlicher regionaler Mittelmacht im Nahen Osten zielte, was den Sturz Saddam Husseins zur Voraussetzung hatte. Und die Erdölinteressen der USA, deren Wirtschaftsmechanismus entscheidend auf der ständigen gesicherten Verfügbarkeit billigen Öls beruht? Eine emphatische Antwort darauf findet sich in einem Essay Wolf Biermanns. „Natürlich“, heißt es dort, „geht es den Amerikanern auch ums Öl. Ich bin froh darüber, daß es solche zuverlässig miesen Interessen gibt. Israel stünde sonst allein da.“

Auch das irakische Kriegsziel beschränkte sich nicht nur auf die Annexion Kuweits, sondern bestand darin, die arabische - auf die Sympathien der pauperisierten Araber und der Palästinenser gestützte - Hegemonialmacht zu werden und Konkurrenten wie Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien, aber auch den Iran in die zweite Reihe zu verweisen. Und nach der Entfesselung des Krieges unterließ Saddam Hussein auch nichts, Israel in ihn zu verwickeln, um die antiirakische Koalition zu sprengen, die USA zu isolieren und den Golfkrieg in eine Auseinandersetzung zwischen Israel und allen arabischen Staaten zu verwandeln. Bereits nach Ausbruch der Krise

hatte er durch das verlogene Ausspielen der palästinensischen Karte versucht, das Zustandekommen einer solchen Koalition zu unterlaufen.

Die militärische, ökonomische, politische und ökologische Bilanz des Golfkrieges ist verheerend. Zwar wurde aus ihm kein neuer Weltkrieg, aber ein Weltkonflikt, der nicht nur die bisherige fragile Ordnung im Nahen Osten, sondern auch die Beziehungen der Industrienationen zur Dritten Welt ernsthaft in Frage gestellt hat. Bei seiner Fortsetzung bestand die reale Gefahr, daß Kuwait, das „befreit“ werden sollte, in eine unbewohnbare Wüste gebombt und geschossen und der Irak in ein völlig zerstörtes Land verwandelt worden wäre.

Nach dem „Ende des Kalten Krieges“ wurden erstmalig gegen einen Staat der Dritten Welt jene Waffensysteme und Konzepte eingesetzt, die seitens der NATO gegen den „potentiellen Gegner“ Sowjetunion im Falle eines konventionellen Krieges in Europa entwickelt worden waren. Die „Air-Land“-Strategie war von den Planern des Pentagon ursprünglich als Antwort auf einen angenommenen Angriff der Roten Armee in der Mitte Europas konzipiert. Kombiniert mit der vom Oberbefehlshaber der Alliierten, General Schwarzkopf, perfekt beherrschten Taktik der Überraschung des Gegners, der Täuschungsmanöver und Desinformation sowie hoher Mobilität der Einsatzkräfte, erwiesen sich die Waffensysteme der Alliierten der irakischen Kuwait-Armee mit ihrer halben Million Mann, mit 4 000 Panzern überwiegend sowjetischer Bauart und mit einer ebenfalls hauptsächlich von den Sowjets gelieferten Luftabwehr, haushoch überlegen. Die irakische Strategie, den Konzepten des Zweiten Weltkrieges entlehnt und bereits in den Stellungs- und Bodenkämpfen während des Krieges mit Iran dubios geworden, vermochte den Dauerbombardements der Alliierten und deren Umgehungsmanövern am Boden nichts militärisch Gleichwertiges entgegenzusetzen. In der Luftkriegsphase, in der die Alliierten über 100 000 Einsätze flogen, gelang der irakischen Abwehr nur der Abschluß von 51 gegnerischen Maschinen.

Die totale militärische Überlegenheit der Anti-Saddam-Koalition nährte - vor allem in der Anfangsphase des Krieges - den Mythos vom „sauberen“ Krieg. Die Zensur tat ihr übriges, um diesen Eindruck möglichst auch noch bis zum Kriegsende zu erhalten. Doch die erst allmählich deutlichere Konturen annehmende Schadensbilanz dieses Krieges, die auf irakischer Seite 100 000 bis 200 000 Tote ausweist, entlarvt die These vom „sauberen Krieg“ als zynische High-Tech-Illusion, mit der das massenhafte Elend und Leiden der vom Kriege betroffenen unschuldigen Menschen in der umkämpften Golfregion verdrängt und ignoriert werden sollte. Darüber hinaus war es trotz der Nichtanwendung von atomaren und chemischen Waffen ein Krieg, in dem zahlreiche, durch die Konventionen des Roten Kreuzes verbotene und geächtete Vernichtungswaffen zur Anwendung kamen.

Die wirtschaftliche Basis Kuweits, die Ölförderung, wurde weitgehend zerstört. Die ökonomischen Schäden im Irak erreichen astronomische Dimensionen. Auf dieses Land wurden 300 000 Bomben abgeworfen, die Hälfte der irakischen Ölförderungsanlagen wurde zerbombt, drei Viertel der Elektrizitätskapazitäten liegen in Trümmern, die Wasserversorgung großer Städte wie Bagdad und Basra ist zusammengebrochen. Hunderttausende von in Kuwait und im Irak beschäftigten Arbeitskräften aus den arabischen Anrainerstaaten und aus Asien mußten fliehen,

zum großen Teil unter Zurücklassung ihres gesamten Besitzes und sehen nun einer völlig ungewissen Zukunft entgegen.

Die arabische Welt ist nach dem Krieg tiefer gespalten denn je. Dabei geht der Riß nicht nur durch die Staaten, die sich der Anti-Saddam-Koalition angeschlossen hatten und jene, die wie Jordanien und Jemen proirakische Sympathien entwickelten, sondern vor allem hat sich die Kluft zwischen den Massen und den jeweiligen Führungseliten, die fast ausnahmslos über keinerlei demokratische Legitimation verfügen, in einer Weise vertieft, daß die innenpolitische Stabilität vieler Regime ernsthaft gefährdet erscheint. Der Mythos der Einheit der „arabischen Nation“ ist endgültig zerstoßen, aus zerstrittenen Brüdern sind nun Sieger und Besiegte geworden. Die sozialpsychologische Dimension einer von den Massen als erneute Demütigung empfundenen Niederlage der arabischen Welt besteht nicht nur in einer zu befürchtenden Liaison zwischen geschwächtem Nationalismus und erstarkendem Fundamentalismus. Die Kombination von nationalistischer und religiöser Rhetorik, die das politische Auftreten Saddam Husseins seit Beginn der Golfkrise kennzeichnete, dürfte in Zukunft gelehrige Nachahmer finden.

Über das wahre Ausmaß und die weltweiten klimatischen Folgen der durch den Golfkrieg ausgelösten ökologischen Katastrophe gibt es nur vage Vermutungen. Heute steht aber bereits fest: die Umwelt der Region ist eines der furchtbarsten Kriegesopfer geworden. Anders als bei früheren Öko-Kriegszügen, beim Einsatz des hochgiftigen Entlaubungsmittels Agent Orange in Vietnam oder beim Ölkrieg zwischen Irak und Iran, reichen die Konsequenzen des Öko-Terrors diesmal weit über den „Feind“ hinaus. Nach Schätzungen des Washingtoner „World Watch Institute“ gehen täglich drei Millionen Barrel Öl (andere Schätzungen sprechen sogar von sechs Millionen Barrel) in Flammen auf, mehr als das Doppelte der von Kuwait vor dem Krieg geförderten Menge. Noch völlig unbekannt sind die Folgen der alliierten Bombardements von Chemie- und Atomanlagen im Irak. Der Krieg gegen die Umwelt ist auch nach der Waffenruhe nicht zum Stillstand gekommen. Noch immer treibt ein Ölteppich im Golf, brennen Hunderte von Ölquellen in Kuwait, geht schwarzer, die landwirtschaftlichen Nutzflächen verseuchender Regen über die Nachbarländer nieder. Der Krieg hat die Golfregion in das größte ökologische Notstandsgebiet aller Zeiten verwandelt.

Durch den Sieg der Alliierten über den Irak wurde keiner der im Nahen Osten und im Golfraum seit Jahrzehnten schwelenden Konflikte gelöst. Der Krieg hat nur ein Unrecht beseitigt, ohne das Knäuel der übrigen Interessengegensätze und Feindschaften zu überwinden. Besteht nun nach diesem „Krieg für den Frieden“ eine reale Chance - womöglich die letzte - die Probleme der Region friedlich, durch Kompromisse und Konsens zu lösen? Zweifel sind angebracht. Trotz seiner unerwartet kurzen Dauer hat dieser Krieg die politische Konstellation im Nahen Osten grundlegend verändert. Eindeutig ist, die Suche nach Frieden in der Region wird weit schwieriger als das Gewinnen des Krieges sein. Dem Blitzkrieg wird kein Blitzfrieden folgen. Israel, eindeutig auf der Seite der Kriegsgewinner stehend, zeigt sich weniger denn je geneigt, die UNO-Resolutionen 242 und 338 über die Rückgabe der besetzten Gebiete und Ost-Jerusalem zu akzeptieren, den amerikanischen Vorschlag „Land-für-Frieden“ ernsthaft aufzugreifen oder einen Kompromiß mit der palästinensischen Intifada zu suchen. Die arabischen

Mitglieder der Anti-Saddam-Koalition werden ihren Anteil am Sieg über Saddam Hussein einklagen und damit eine „ziemlich lange Zeit der Verdächtigungen, der Spannungen und des Mißtrauens“ einleiten, wie ein jordanischer Minister formulierte. Die USA stehen vor der komplizierten Aufgabe, die Früchte ihres militärischen Sieges in politische Aktivposten zu verwandeln. Ihr vom State Department ausgearbeiteter Friedensplan sieht u.a. die Schaffung einer neuen regionalen Sicherheitsstruktur unter weiterem Verbleib US-amerikanischer Streitkräfte, vor allem einer starken Marinepräsenz, vor. Ferner soll ein regionales „Rüstungskontrollregime“ installiert werden.

Die Lösung des arabisch/palästinensisch-israelischen Konflikts soll bei Ausschluß der PLO, die sich durch ihre offene Parteinahme für Saddam Hussein diskreditiert habe, erfolgen. Darüber hinaus sollen die arabischen Staaten eigenverantwortliche Maßnahmen zum Ausgleich des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den reichen Ölstaaten und den armen Ländern der Region beschließen. Dieser Katalog deckt sich mit der Forderung Gorbatschows, nunmehr die Gesamtproblematik des nahen Ostens auf die internationale Tagesordnung zu setzen. Er warnte am 26. Februar 1991: „Wenn wir diese Frage nicht lösen, werden wir immer ein Pulverfaß haben, das die ganze Welt zerstören kann.“

Die grundsätzlichen Hindernisse für eine gerechte und dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten sind vielfältig und gravierend, denn in dieser Region ist ein gordischer Knoten von Unterentwicklung und inneren sozialen Konfliktpotentialen, Überrüstung, Machtambitionen und Gebietsansprüchen, Umverteilungsbestrebungen und fehlender Demokratie zu zerschlagen. Dabei könnte zynisch formuliert werden, daß die einzige Konstante in diesem nahöstlichen Kräftepoker der seit 1948 schwelende israelisch-arabische Konflikt sei. Die erfolgversprechendste und langfristig wahrscheinlich auch einzige Lösung der Nahost-Konflikte wird die mühsame und unspektakuläre Suche nach einem Kompromiß und Interessenausgleich im Rahmen einer von der UNO initiierten nahöstlichen Friedenskonferenz sein, wobei die historischen Erfahrungen des KSZE-Prozesses in Europa, der 1972 begann und erst 1990 seinen Abschluß fand, ohne vordergründige Analogien genutzt werden könnten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges werden die ungelösten Probleme des Verhältnisses zwischen Nord und Süd zu einer wachsenden Bedrohung für den Frieden der Welt. Die zunehmende Selbstzentrierung des Nordens, die fast ausschließliche Beschäftigung mit seinen eigenen Problemen zeugen von einem fehlenden politischen Willen, die Probleme der Dritten Welt rechtzeitig und kooperativ zu lösen. Die fortschreitende Verarmung des Südens fördert ein explosives Gemisch aus Massenelend, Umweltzerstörung und ökonomischer Bevormundung und Ausplünderung. Die einzige Alternative zu diesem zerstörerischen Weg ist ein friedlicher Interessenausgleich zwischen Völkern, Staaten und Regionen, der die Gefahr neuer bewaffneter Konflikte bannt.

Die Explosion am Golf hat die Dringlichkeit eines Neuansatzes zur Regelung der Beziehungen zwischen Nord und Süd auf dramatische Weise hervorgehoben. Der Golfkrieg eskalierte zwar nicht zum Weltkrieg, wurde aber, wie Antje Vollmer schreibt, „der erste Krieg zwischen der Ersten und Dritten Welt“. Auch Immanuel Wallerstein warnt: „Die Krise am Persischen Golf ist die erste militärische Nord-Süd-Konfrontation. Es wird nicht die letzte sein.“

Wenn die „neue Weltordnung“ den Golfkrieg zum Testfall, zum Modell direkter und indirekter Kriege gegen die legitimen Interessen der Dritten Welt macht, wäre das ein Rückfall in das imperiale Denken des „klassischen“ Kolonialismus. In einer solchen Weltordnung würde die Dritte Welt auf einen der untersten Plätze verbannt, erneut zum Spielball hegemonistischer und interventionistischer Politik degradiert.

Kehren wir zur Beantwortung einiger der eingangs gestellten Fragen zurück: Die militärische Option zur Bewältigung der Kuwait-Krise war nur eine der möglichen Varianten einer Konfliktlösung. Noch nie zuvor hatte die Völkergemeinschaft - gestützt auf die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates - eine größere Chance als in diesem Falle, einen Aggressor durch ein totales Embargo, das etwa nach einem Jahr hätte voll wirksam werden können, in die Knie zu zwingen. Die menschlichen Opfer und die materiellen Zerstörungen dieses Krieges lassen die These, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt wurde, ebenfalls in einem dubiosen Licht erscheinen. Die Chancen einer friedlichen Lösung der Probleme des Nahen Ostens werden durch einen bevorstehenden neuen Rüstungswettlauf in dieser Region ernsthaft untergraben. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ entwirft das bedrückende Szenario: „Jedem größeren Krieg im Nahen Osten folgte eine größere Eskalation im regionalen Rüstungswettlauf. Auch diesmal könnten die Visionen einer neuen Weltordnung diesem 'business as usual' nicht gewachsen sein.“

Die Rolle, die die UNO in diesem Konflikt spielte, verweist auf die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform ihres Funktionsmechanismus. Zwar legitimierte der UNO-Sicherheitsrat die Aktionen der von den USA geführten Anti-Saddam-Koalition, alle weiteren Entscheidungen fielen jedoch nicht durch sie selbst. Angefangen von der Festlegung des Kriegsbeginns, über die Mittel und Ziele der Kriegsführung bis zur Formulierung der Bedingungen für einen Waffenstillstand hat nicht die UNO, sondern Präsident Bush in mehr oder weniger gründlicher Abstimmung mit anderen Alliierten die Entscheidung getroffen. Aus diesem Grunde wurde - und das vor allem in den Augen der Völker der Dritten Welt - aus einer UNO-Mission zur Abwehr der irakischen Aggression vordergründig ein Konflikt zwischen den USA und dem Irak.

Der Golfkrieg hat die Debatte um die Führbarkeit von Kriegen am Ausgang unseres Jahrhunderts wiederbelebt. Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre war nicht nur in der Friedensbewegung, sondern weit darüber hinaus, ein Konsens darüber erreicht worden, daß angesichts der drohenden nuklearen Selbstvernichtung der Menschheit Kriege kein Mittel der Politik mehr sein können. In Europa hat die Erkenntnis, daß ein mit Massenvernichtungsmitteln zwischen Ost und West ausgetragener Krieg zum Untergang aller führen und keine Sieger kennen würde, die Entspannungspolitik und den langwierigen Weg zur KSZE ermöglicht.

Sie hat den Frieden gesichert und zu den radikalen Umwälzungen im Osten des Kontinents beigetragen.

Hat der Golfkrieg diesen Schluß umgekehrt, hat er den Krieg als „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ gleichsam rehabilitiert? Die Beantwortung dieser Frage ist angesichts Dutzender von Kriegen, die seit 1945 im Schatten des Ost-West-Konfliktes in der Dritten Welt

geführt und zum Teil auch gewonnen wurden, nicht einfach. In den 35 größten dieser Kriege sind mindestens 20 Millionen Menschen umgekommen.

Verlauf und Ergebnis des Golfkrieges sind kein Argument für die nun scheinbar wieder möglich gewordene Führbarkeit von Kriegen im Atomzeitalter. Der Krieg hat im Gegenteil die Unmöglichkeit bewiesen, am Ende des 20. Jahrhunderts mit militärischen Mitteln politische Ziele zu erreichen oder gar einen Krieg zukunftsweisend zu beenden. Der Weg zu einer neuen Weltordnung, die diesen Namen wirklich verdient, führt nicht über den Krieg. Eine zunehmend multipolar werdende Welt, in der die strukturellen Probleme der Weltwirtschaft und der Weltökologie weiterhin ungelöst bleiben, in der das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd immer krasser wird, birgt jedoch die Gefahr unvorstellbarer politischer und sozialer Eruptionen in sich. Die dringend notwendige Neuordnung des Verhältnisses zwischen Nord und Süd kann nicht unter Kriegsdrohungen und Einschüchterung erfolgen. Zu Recht schreibt der amerikanische Soziologe Norman Birnbaum: „Es gibt keine militärischen Lösungen für Krankheit, Hunger und Armut, für das Erbe jahrtausendealter ethnischer und religiöser Konflikte sowie für die Erinnerung an koloniale Demütigung.“ Nach dem Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West darf die Zukunft der Welt nicht von neuen „kalten“ und „heißen“ Kriegen zwischen Nord und Süd oder im Süden selbst, überschattet werden. Vielmehr geht es für unsere fragil gewordene, interdependente Welt nun vorrangig um die Schaffung demokratischer und gerechter Strukturen und Institutionen, mit denen die Menschheit den großen Herausforderungen des dritten Jahrtausends begegnen kann. Nur auf diese Weise können solch aggressive Völkerrechtsverletzungen wie der Überfall Saddam Husseins auf Kuwait in Zukunft ausgeschlossen werden. Die jüngsten Ereignisse im Nahen Osten und am Golf haben die Schaffung einer gerechten Friedensordnung in dieser Region an die Spitze der politischen Prioritäten treten lassen.